



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM RAT DER STADT REMSCHEID | DENISE ABÉ (FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRERIN)
KONRAD-ADENAUER-STRASSE 21 – 42853 REMSCHEID | TEL: 02191-73403 – MAIL: FRAKTION@GRUENE-REMSCHEID.DE

Stadt Remscheid
Herr Oberbürgermeister
Burkhard Mast-Weisz
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

26. Februar 2016

vorab per Mail

Antrag

zur Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Energieeffizienz und Verkehr am 03. März 2016, des Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 08. März 2016, des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss am 10. März 2016 und des Rates am 07. April 2016.

Eine Verkehrswende für Remscheid - Individualverkehr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der o.g. Sitzungen stellen zu lassen:

- 1. Die Stadtverwaltung setzt sich verstärkt für die Förderung von Carsharing-Angeboten für das Bergische Städtedreieck ein.**
- 2. Förderung und Umsetzung der Verkehrsberuhigung in Wohngebieten und Einkaufszonen, z.B. durch Anliegerstraßen, Tempo 30- Zonen, Spielstraßen und Shared Space.**

Begründung:

Freie Mobilität ist eines der höchsten Güter der freien Wohlstandsgesellschaft. Sie gewährleistet persönliche Freiheit, Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Miteinander und sie ist nicht zuletzt ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kämpfen für eine nachhaltige Verkehrspolitik, die umwelt- und klimaverträglich, barrierefrei und sozial ist und die Mobilität für alle gewährleistet. Wir setzen uns ein, für ein verlässliches und bezahlbares Angebot öffentlicher Verkehrsmittel, die Förderung von „Car-Sharing“ - Angeboten und Elektromobilität sowie mehr Platz für gesunden und ökologischen Fuß- und Radverkehr. Unser Ziel ist die Senkung des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split.

Wir unterstützen die verschiedenen Anbieter von „Carsharing“- Angeboten. Dabei setzen wir uns insbesondere für stadtübergreifende Angebote ein. In diesem Sinne möchten wir einen unbürokratischen Ausbau des Netzes.

Dort, wo Menschen wohnen, Kinder spielen und zur Schule gehen und wo Geschäfte für viel Fußgängerverkehr sorgen, müssen Fußgänger grundsätzlich den Vorrang haben. Das bedeutet, wo immer möglich, die Schaffung von Anliegerstraßen, von Tempo 30- Zonen und Spielstraßen. Gerade in Einkaufszonen sollten wir von den Erfahrungen anderer Städte lernen und sogenannte „Shared- Space“- Zonen einrichten, in den alle Verkehrsteilnehmer nach der Regel „der Schwächere hat Vorfahrt“ und der Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit zusammentreffen. Darüber hinaus sollten wir dem Beispiel der Bundesregierung folgen, die mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 beschlossen hat den klimafreundlichen Rad- und Fußverkehr durch eine Erhöhung der Sicherheit zu fördern. Dazu wurde die Entscheidungskompetenz der Kommunen hinsichtlich der Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen gestärkt. Planungen dahingehend gibt es zum Beispiel in Münster. Wie erfolgreich Geschwindigkeitsbegrenzungen sein können, sehen wir derzeit im französischen Lorient, ganz in der Nähe unserer Partnerstadt Quimper.

gez.

Beatrice Schlieper
Fraktionssprecherin

Günter Bender
Verkehrs- und
Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Susanne Fiedler
Umweltpolitische Sprecherin